

Ein Mörder ist Obama immerhin nicht

USA Bei den Zwischenwahlen droht den Demokraten eine herbe Niederlage - schuld daran ist der Präsident. Warum eigentlich?

VON RENZO RUF, WASHINGTON

Typisch Obama: Kürzlich wurde der US-Präsident in einem Radio-Gespräch gefragt, ob er sich eigentlich dazu störe, dass sich seine Parteifreunde zunehmend von ihm distanzieren. Nein, gab er zurück - um dann, ganz im Stil eines Professors, das Manöver der demokratischen Volksvertreter als Wahlkampf-Getöse zu entlarven. Er habe den bedrängten Parteifreunden gesagt: «Macht, was ihr machen müsst, um wiedergewählt zu werden.» Und diese hätten sich dazu entschieden, sich von ihm loszusagen. Unter dem Strich ändere dies aber nichts daran, dass diese Parlamentarier «alle mit mir stimmen, und mein Programm im Kongress unterstützt haben», sagte Barack Obama.

Das entspricht der Wahrheit, wie ein Blick auf das Stimmverhalten einer Reihe von demokratischen Senatoren zeigt, die um ihre Wiederwahl kämpfen. Hilfreich war das Eingeständnis eines frustrierten Präsidenten aber nicht. Ganz im Gegenteil: Weil Barack Obama im Wahlherbst 2014 in der bisher grössten Beliebtheitskrise seiner Präsidentschaft steckt - mit Zustimmungswerten, die um die 40-Prozent-Marke pendeln -, kommen solche offenerherge Worte einem Todesstoss für bedrängte Parteifreunde gleich. Denn die Demokratische Partei wird am Dienstag die Quittung kassieren für den schlechten Eindruck, den das Weisse Haus derzeit macht.

Als «Messias» bejubelt

Wie konnte es bloss so weit kommen? Noch vor sechs Jahren wurde Obama von hysterischen Kommentatoren als «Messias» beschrieben, als die Inkarnation eines begnadeten Politikers, eines undogmatischen Problemlösers. Heute gilt er als teilnahmslos oder überfordert. Das führt dann zu nicht immer fairen Urteilen. So lehnen 53 Prozent der Amerikaner die Wirtschaftspolitik des Weissen Hauses ab - obwohl die amerikanische Konjunktur ganz im Gegensatz zu den europäischen Volkswirtschaften brummt.

Einer der Gründe für die Ablehnung, die Obama entgegenschlägt, ist die Dämonisierung seiner Regierung durch den politischen Gegner. Buchstäblich seit der ersten Stunde von Obamas Präsidentschaft kritisieren die Republikaner sämtliche Vorschläge und Initiativen des Präsidenten, ohne selbst Lösungen für drän-

ZWISCHENWAHLEN

Wer am Dienstag gewählt wird

■ Die Zwischenwahlen finden - wie auch die Präsidentenwahl - immer am **ersten Dienstag im November** statt.

■ Sie werden «midterm elections» genannt, weil der Präsident nicht zur Wahl steht, sondern bloss die **Mehrheit der nationalen Parlamentarier**.

■ Im **Repräsentantenhaus** geht es um sämtliche 435 Sitze. Im **Senat**, der kleinen Kammer, um 36 der 100 Mandate.

■ In **36 Bundesstaaten** werden die Gouverneure bestimmt.

■ Weil niemand damit rechnet, dass die Republikaner ihre klare Mehrheit im Repräsentantenhaus verlieren werden, richtet sich die Aufmerksamkeit auf den **Senat**.

■ Dort steht die **demokratische Mehrheit** (55 von 100 Sitzen) auf der Kippe. Den Ausschlag geben könnten die Senatswahlen in Colorado, Georgia, Iowa, Kansas, Louisiana und Kansas. (RR)

gende Probleme vorzuschlagen. Dabei spielten die Konservativen auch immer wieder auf den Mann: Obama wurde als ein Fremder dargestellt, als ein Mann, der mit amerikanischen Besonderheiten nicht vertraut sei - eine Anspielung auf die dunkle Hautfarbe des Präsidenten und auf seine Kindheit, die er unter anderem in Indonesien verbracht hatte.

Allein: Auch George W. Bush und Bill Clinton wurden verteufelt. Bush wurde von den Demokraten als Lügner dargestellt, als ungebildeter Trottel. Und Clinton? Die Republikaner versuchten nicht nur, ihn aus dem Amt zu entfernen, sie warfen ihm auch vor, er habe Vince Foster, ein enger Freund der Familie Clinton und Präsidentenberater, der 1994 in Washington Suizid beging, getötet. Trocken sagte Clinton deshalb vor einigen Wochen, als er auf Parallelen zum aktuellen Bewohner des Weissen Hauses angesprochen wurde: «So viel ich weiss, hat ihn bisher noch niemand beschuldigt, ein Mörder zu sein.»

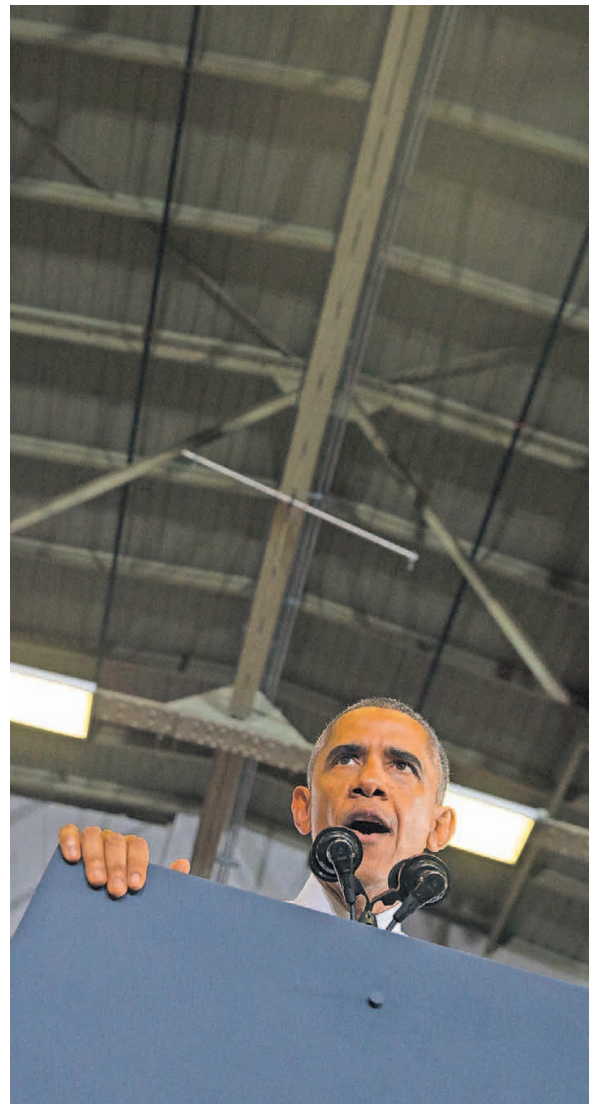
Kein guter Politiker

Vorwurf Nummer zwei an Obama: Er ist kein guter Politiker. Das stimmt, wie selbst Weggefährten zugeben. Der Präsident reagiere auch unter Anspannung «sehr vernünftig», sagte Ex-Berater David Axelrod jüngst der Wochenzeitschrift «Bloomberg Businessweek». Das ist zwar eine positive Eigenschaft, aber in Zeiten der sich jagenden Krisen - von Ebola bis IS-Rebellen - wirkt Obama zunehmend teilnahmslos. Zweifelsohne widerstrebe Obama die «theatralische Natur» der US-Präsidentschaft, schob Axelrod nach.

Und: Manchmal fehle ihm das Gespür für Symbolismus. Darunter leidet auch die parlamentarische Arbeit. Unter den demokratischen Abgeordneten macht sich Frust über das fehlende Fingerspitzengefühl des Präsidenten breit. Das Weisse Haus habe es unterlassen, die zwischenmenschlichen Beziehungen zu pflegen und ein Fundament für Kompromisse zu bauen, beklagte sich jüngst der offenerherge Senator Angus King aus Maine, ein parteiloser Volksvertreter.

Versprechen nicht eingehalten

Vorwurf Nummer drei: Obama versprach im Präsidentschaftswahlkampf 2008 das Blaue vom Himmel und nicht nur die Wähler glaubten seinen Versprechungen. Auch er selbst schien davon überzeugt, dass er mithilfe guter Argumen-



US-Präsident Barack Obama: «Macht, was ihr machen müsst.»

EVAN VUCCI/KEYSTONE

te den Betrieb in Washington reformieren könne. Offensichtlich ist er mit diesem Unterfangen gescheitert. Das ist nicht die einzige Zusicherung, die Obama nicht einhielt. Die Fakten-Überprüfer der Zeitung «Tampa Bay Times» haben herausgefunden, dass der Präsident von den 25 wichtigsten Versprechen, die er in den Wahlkämpfen 2008 und 2012 gemacht hatte,

bloss zehn eingehalten habe. Darunter befinden sich grosse Brocken wie die Reform des Gesundheitswesens oder der Abzug von Kampftruppen aus dem Irak. Gescheitert ist Obama hingegen mit der Zusicherung, er werde notleidende Hausbesitzer unterstützen, das Gefangenenlager Guantanamo auf Kuba schliessen oder ein scharfes Umweltgesetz verabschieden.

Kim Jong Un sucht den Dialog

Nordkorea Für einmal setzt das kommunistische Land nicht auf Kriegsdrohungen, sondern auf Diplomatie.

VON DANIEL KESTENHOLZ, BANGKOK

Nordkorea hat eine Charmeoﬀensive gestartet, um sich aus der internationalen Isolation zu lösen. Und für einmal könnte der Dialog sogar unter einem guten Stern stehen, zumal Aggressionen seit längerem ausgeblieben sind und die Sanktionen gegen das Regime schon so löchrig sind wie ein Schweizer Käse.

So diene das jüngste «Verschwinden» von Jungdiktator Kim Jong Un vermutlich denn auch dem Zweck, international auf Nordkorea aufmerksam zu machen. Denn Kim war weder weggeputscht noch von seiner jüngeren Schwester gestürzt worden, sondern ihm wurde eine Zyste am Fuss entfernt.

Während der fast schwächwöchigen Absenz des Diktators reisten nordkoreanische Diplomaten rund um den Erdball,

um den Dialog mit wichtigen Ländern zu suchen. Gleichzeitig intensivierte Nordkorea die neu aufgenommenen Verhandlungen mit Südkorea und Japan. Auch reden nordkoreanische Diplomaten neuerdings mit westlichen Journalisten. Man deutet einen Neustart der Nuklearverhandlungen mit den USA an und hat als Geste des guten Willens letzte Woche einen inhaftierten Amerikaner freigelassen.

Ein überraschender Besuch

Und jüngst überraschte Pjöngjang sogar mit dem Angebot, die Menschenrechtslage in dem stalinistisch regierten Land untersuchen zu lassen. Marzuki Darusman, der für Nordkorea zuständige UNO-Sonderberichterstatter für Menschenrechte, erhielt unlängst unerwartet Besuch von einer nordkoreanischen Delegation. Es war das erste Treffen seit einem Jahrzehnt.

Anschliessend bescheinigte Darusman Pjöngjang erkennbare Fortschritte in Menschenrechtsfragen. «In den vergangenen drei Monaten wurden grössere Fortschritte erzielt als in den zehn Jahren zuvor», erklärte er. Auch attestierte er der Staatsführung bemerkens-



«In den vergangenen drei Monaten wurden grössere Fortschritte erzielt als in den zehn Jahren zuvor.»

Marzuki Darusman
UNO-Sonderberichterstatter für Nordkorea

werte Erfolge bei der «Vorbereitung der Nordkoreaner darauf, sich aus ihrem Gehäuse hinauszuwagen». Dies sei freilich nur «der Beginn eines Prozesses».

Zufriedenstellend ist die Lage aber noch nicht. Deshalb legte der Sonderberichterstatter der UNO-Vollversammlung einen Bericht vor, in dem eine Unter-

suchung möglicher Kriegsverbrechen in Nordkorea gefordert wird. Pjöngjangs UNO-Botschafter Kim Song hat Darusman zwar zu einem Besuch in sein Heimatland eingeladen. Im Gegenzug fordert Nordkorea aber offenbar, sämtliche Bemühungen um eine strafrechtliche Verfolgung des Landes vor dem Internationalen Strafgerichtshof einzustellen. Er «glaube nicht, dass unter solchen Bedingungen ein Besuch möglich sein wird», sagte ein UNO-Diplomat.

Folter und Tötungen

In einem Bericht an den UNO-Menschenrechtsrat hatte Darusman der nordkoreanischen Führung im Februar vorgeworfen, die Menschenrechte der eigenen Bevölkerung systematisch zu verletzen. Angeprangert wurden etwa Folter, willkürliche Tötungen, Sklaventreiberei, Vergewaltigungen und andere Menschenrechtsverstösse in Lagern für politische Gefangene. Dort werden schätzungsweise 200 000 Menschen festgehalten.

Darusman konnte Nordkorea bisher nicht bereisen. Für seinen Bericht stütze er sich vor allem auf Angaben nordkoreanischer Flüchtlinge.

NACHRICHTEN

UNGARN

Orban zieht Internet-Steuer zurück

Nach massiven Protesten hat der ungarische Ministerpräsident Viktor Orban die geplante Internet-Steuer vorerst zurückgezogen. «In dieser Form ist diese Steuer nicht einföhrbar, weil die Diskussion darüber entgleist ist», erklärte er gestern Freitag. In Zukunft müsse aber weiter darüber nachgedacht werden, wie mit den «ernsthaften Profitten» der Internet-Dienstleister umzugehen sei, sagte Orban. (SDA)

ITALIEN

Gentiloni wird neuer Aussenminister

Der italienische Sozialdemokrat und Ex-Telekommunikationsminister Paolo Gentiloni rückt zu Italiens neuem Aussenminister auf. Der 59-jährige Römer ersetzt die seit Februar amtierende Federica Mogherini, die neu zur EU-Aussenbeauftragten aufgerückt ist. Gerüchten zufolge hätte Premier Renzi eine Frau als Mogherinis Nachfolgerin ernennen wollen. Präsident Napolitano soll sich jedoch gegen die vorgeschlagenen Kandidatinnen gestimmt haben. (SDA)